

Ausschuss-Beratungen am 9. Oktober 2019 in leichter Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 9. Oktober von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.

TOP 1 (9.00 Uhr): Stärkung des Salzburger Wirtschafts-Standortes gegenüber dem Innviertel

Der Antrag der NEOS wird am Mittwoch
im-Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen diskutiert:

Eine Gewerbe-Fläche ist das Gebiet,
auf dem zum Beispiel Fabriken oder Geschäfte stehen dürfen.
Eine Gewerbe-Fläche ist in der Stadt Salzburg und in der Umgebung
teurer als im Innviertel.
Es gibt auch immer weniger Genehmigungen für Gewerbe-Flächen
in Salzburg.

Deshalb gehen viele Betriebe in das Innviertel.
Zum Beispiel Betriebe,
die vorher in Grödig waren oder in Neumarkt.

NEOS möchte,
dass der Flachgau für Betriebe wieder interessant wird.
Die Landes-Regierung soll prüfen,
was man tun kann,
damit das Land Salzburg für Betriebe interessant ist.

TOP 2 (9.30 Uhr):

Automatische Berücksichtigung der Heimkosten in der Arbeitnehmer-Veranlagung

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheits-Ausschuss diskutiert:

Menschen brauchen oft für Pflege und Betreuung viel Geld.
Diese Ausgaben kann man in die Steuer-Erklärung schreiben,
zum Beispiel Mehr-Ausgaben für Heimkosten.

Für Menschen,
die Pflege und Betreuung brauchen ist es eine Hilfe,
wenn das automatisch in der Steuer-Erklärung steht.
Das geht zum Beispiel bei Spenden so.

Die GRÜNEN möchten,
dass die Mehr-Ausgaben für Heimkosten
automatisch in die Steuer-Erklärung geschrieben werden.

TOP 3 (10.00 Uhr):

Föderalisierung des Mietrechts

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch
im-Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen diskutiert:

Die Mieten in Salzburg werden immer teurer.
Es gibt ein Miet-Recht für ganz Österreich.
Das gilt für Miet-Verträge in Wien genau gleich
wie gilt für Miet-Verträge in Salzburg.

Die FPÖ möchte,
dass das Miet-Recht an die einzelnen Bundesländer angepasst wird.
Weil Wien andere Voraussetzungen hat als Salzburg.
Damit sollen die Mieten in Salzburg billiger werden.
Die Landes-Regierung soll prüfen,
ob das geht.
Danach soll der Bund ein Miet-Recht machen,
das auf die Bundesländer Rücksicht nimmt.

TOP 4 (11.00 Uhr):

Maßnahmen – Programm zur Attraktivierung des Lehrberufs

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im Bildungs-, Sport und Kultur-Ausschuss diskutiert:

Attraktivierung des Lehrberufs heißt:
der Lehrberuf soll interessanter werden.

Es gibt viele offene Stellen für Lehrlinge.
Es gibt zu wenige Lehrlinge für diese Lehrberufe.
Deshalb fehlen dann viele gut ausgebildete Fachkräfte.

Was kann man tun,
damit wieder mehr Menschen eine Lehre machen
und in einem Lehrberuf arbeiten?

Die ÖVP schlägt vor,
dass man mehr Menschen über die Lehrberufe informiert.
Man kann Menschen informieren,
die schon eine andere Ausbildung haben,
zum Beispiel Menschen,
die die Matura machen.
Die Maturanten möchten dann vielleicht
auch eine Lehre machen
und später in einem Lehrberuf arbeiten.

TOP 5 (12.00 Uhr):

Bericht über den Salzburger Brandverhütungs-Fonds 2017

Der Bericht wird am Mittwoch
im Finanz-Überwachungs-Ausschuss diskutiert.

Der Brandverhütungs-Fonds ist eine Einrichtung,
die ganz bestimmte Aufgaben hat;
damit Brände nicht entstehen.
Für diese Aufgaben gibt es Geld.

Die Landes-Regierung macht jedes Jahr einen Bericht darüber,
wofür das Geld ausgegeben worden ist.

TOP 6 (14.00 Uhr):

Salzburger Aarhus-Beteiligungs-Gesetz

Die Vorlage der Landes-Regierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss diskutiert:

Es geht um Umwelt-Angelegenheiten.

Die Aarhus-Konvention regelt,
dass Umwelt-Organisationen ein Recht auf Information haben.
Die Umwelt-Organisationen sollen auch Entscheidungen von Behörden
überprüfen können.

Die Europäische Kommission meint,
dass Österreich diese Regelung nicht gut genug verwirklicht hat.
Deshalb soll es jetzt ein neues Aarhus-Beteiligungs-Gesetz geben.
Damit bekommen Umwelt-Organisationen Beteiligungs-Rechte.

TOP 7 (15.00 Uhr):

Änderung des Salzburger Bildungsdirektions-Gesetz

Die Vorlage der Landes-Regierung wird am Mittwoch im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss diskutiert:

Es gibt ein Gesetz zur Förderung der Nachmittagsbetreuung. Dieses Gesetz hat das Österreichische Parlament geändert: In Salzburg soll jetzt die Bildungsdirektion zuständig sein. Deshalb muss der Landtag das Salzburger Bildungsdirektions-Gesetz ändern.

TOP 8 (15.30 Uhr):

Änderung des Salzburger Krankenanstalten-Gesetzes

Die Vorlage der Landes-Regierung wird am Mittwoch im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss diskutiert:

Es geht um die Organisation von Krankenhäusern. Alle Menschen sollen eine gute medizinische Versorgung bekommen, egal wo sie wohnen.

Das zuständige Gesetz hat das Österreichische Parlament geändert. Deshalb muss der Landtag auch diese Gesetze ändern: das Salzburger Krankenanstalten-Gesetz und das Gesundheitsfonds-Gesetz.

TOP 9 (16.00 Uhr):

Veröffentlichung von Wartelisten in den Krankenanstalten

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheits-Ausschuss diskutiert:

In manchen Krankenhaus-Abteilungen gibt es Wartelisten,
weil die Patientinnen und Patienten lange warten müssen,
bis sie für eine Operation an die Reihe kommen können.

Die SPÖ möchte,
dass die Patientinnen und Patienten diese Wartelisten
im Internet sehen könne.

Auf den Wartelisten dürfen keine Namen stehen.

Die Patientinnen und Patienten sollen aber sehen können,
wie lang die Liste ist.

Dann können sie vielleicht in ein anderes Krankenhaus ausweichen,
wo die Liste nicht so lang ist.

In Niederösterreich gibt es diese Möglichkeit.

Die SPÖ schlägt vor,
dass man das in Salzburg so macht wie in Niederösterreich.

TOP 10 (16.30 Uhr):

Änderung des Dienstrechts im Land Salzburg

Die Vorlage der Landes-Regierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss diskutiert:

Die Landes-Regierung will das Dienstrecht
vom Land Salzburg ändern.

Das Dienstrecht soll moderner und einfacher werden.

Es gibt auch neue Punkte,
zum Beispiel:

Es sollen Menschen die Möglichkeit haben,
dass sie nach langer Krankheit Schritt für Schritt
wieder arbeiten können.

Dafür kann man zum Beispiel in Teilzeit arbeiten.

Das nennt man:

Wieder-Eingliederungs-Teilzeit.

Wörterbuch:

Arbeitnehmer-Veranlagung:

eine Steuer-Erklärung.

Damit kann man einen Teil von der Lohn-Steuer wieder zurückbekommen; den man zu viel bezahlt hat.

Attraktivierung:

Attraktivierung des Lehrberufs heißt:
der Lehrberuf soll interessanter werden.

Föderalisierung:

Bundesländer sind durch den Föderalismus selbständig.
Sie können eigene Aufgaben bestimmen.
Und eigene Regeln machen.
Und entscheiden über Politik im Bundesland.

Brandverhütungs-Fonds:

Brandverhütung bedeutet,
dass man dafür sorgen soll,
dass Brände nicht entstehen.
Ein Fonds (sprich: fo) ist eine Einrichtung,
die Geld verwaltet.

Aarhus-Konvention:

Die Aarhus-Konvention ist ein Vertrag,
in dem es um Rechte im Umweltschutz geht.
Die Europäische Union hat den Vertrag unterschrieben.
Österreich hat den Vertrag auch unterschrieben.

Matura:

Eine große Prüfung am Ende von der Schule,
zum Beispiel vom Gymnasium.

Steuer:

Bürger und Bürgerinnen müssen Geld an den Staat zahlen.
Dieses Geld sind Steuern.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

Top:

Top ist die Abkürzung für Tagesordnungs-Punkt.

Tagesordnungs-Punkt:

Jede Sitzung ist in Tagesordnungs-Punkte eingeteilt.

Jeder Tagesordnungs-Punkt bekommt ein eigenes Thema.

Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungs-Punkt diskutiert.

Die Parteien:

FPÖ:

Freiheitliche Partei Österreich

ÖVP

Österreichische Volkspartei

SPÖ

Sozialdemokratische Partei Österreich

NEOS

Das neue Österreich und Liberales Forum

Die Ausschüsse:

Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Bildungs-, Schul, Sport- und Kultur-Ausschuss:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung oder Schule oder Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen.

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheitsthemen gesprochen.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanzüberwachungs-Ausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Naturschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Verkehr, Wohnen und Raumordnung:

Hier geht es um Dinge,
die gebaut werden,
damit sie die Menschen nützen können.
Zum Beispiel Kanalleitungen, Straßen und Häuser.

Raumordnung ist ein Plan,
der sagt wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Petitions-Ausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.